

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite V
Zu den Autoren / Anteile an der Bearbeitung	VI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII

1. Abschnitt: Die öffentliche Verwaltung (Hofmann)

1. Die Bedeutung der öffentlichen Verwaltung	1
2. Der Begriff der öffentlichen Verwaltung	2
2.1 Öffentliche Verwaltung als staatliche Verwaltung	2
2.2 Die Gewaltenteilungslehre als Grundlage für die Begriffsbestimmung der Verwaltung	3
2.3 Regierung und Verwaltung.	6
2.4 Organisatorischer Begriff der Verwaltung	6
3. Arten und Unterscheidungen der öffentlichen Verwaltung. . .	6
3.1 Nach dem Inhalt der Aufgaben	6
3.2 Eingriffs- und Leistungsverwaltung	7
3.3 Ord nende Verwaltung und Leistungsverwaltung. Weitere Verwaltungsbereiche	7
3.4 Hinweise auf weitere Unterscheidungsmöglichkeiten	9
4. Aufgaben der öffentlichen Verwaltung	10
5. Hinweise zur Geschichte der Verwaltung und des Verwaltungsrechts.	11

2. Abschnitt: Die Organisation der öffentlichen Verwaltung (Hofmann)

1. Organisation und Organisationsrecht.	12
2. Der Staat als Träger öffentlicher Verwaltung und als juristische Person	13
3. Die Aufgliederung des Staates in eine Mehrzahl von Ver- waltungsträgern. Körperschaften, Anstalten, Stiftungen . . .	14
3.1 Dezentralisierung der Verwaltung	14
3.2 Die Träger öffentlicher Verwaltung	15
3.3 Gründe für unterschiedliche Organisationsformen	15
3.4 Körperschaften.	16
3.5 Anstalten	17
3.6 Stiftungen	18
4. Die Organisation innerhalb eines Trägers öffentlicher Verwaltung	18
4.1 Organe	18
4.2 Behörden	19
4.3 Untergliederungen innerhalb der Behörde	24
4.4 Organwalter	24
4.5 Besondere Beauftragte	25
5. Aufsicht, Einheit der Verwaltung	25
5.1 Selbständigkeit dezentraler Entscheidungen und Einheit der Staatswillensbildung	25

VII

Inhaltsverzeichnis

5.2	Arten der Aufsicht	26
5.3	Aufsicht im Verhältnis von Bund, Ländern, Gemeinden und sonstigen Verwaltungsträgern	26
5.4	Aufsicht innerhalb eines Verwaltungsträgers	27
6.	Staatsunmittelbare und staatsmittelbare Verwaltung. Selbstverwaltung. Eigen- und Fremdverwaltungsaufgaben . .	28
6.1	Staatsunmittelbare Verwaltung	28
6.2	Staatsmittelbare Verwaltung	28
6.3	Selbstverwaltungsträger	28
7.	Der Aufbau der öffentlichen Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland	30
7.1	Bundesverwaltung	31
7.2	Landesverwaltung	31
7.3	Übersichten zum Verwaltungsaufbau	32
7.4	Europäische Gemeinschaft als Träger öffentlicher Verwaltung	33
8.	Schaffung und Änderung der staatlichen Organisation.	34
8.1	Organisationsgewalt	34
8.2	Organisationsakte	35
9.	Öffentliche Verwaltung durch Private und Privatrechts- subjekte.	35

3. Abschnitt: Recht und Rechtsordnung als Grundlage des Verwaltungshandelns und der Beziehungen zwischen Bürger und Verwaltung (Hofmann)

1.	Einführung	38
2.	Öffentliches Recht und Privatrecht	38
2.1	Die Unterscheidung und ihre Bedeutung	38
2.2	Die grundlegenden Theorien für die Abgrenzung	40
2.3	Die praktische Prüfungsfolge	42
2.4	Einordnung der Leistungsverwaltung	43
2.5	Gemischte öffentlichrechtlich – privatrechtliche Rechts- verhältnisse	44
2.5.1	Zwei-Stufen-Theorie	45
2.5.2	Verwaltungsprivatrecht	45
2.5.3	Beschaffungsverwaltung	47
2.6	Grundsatz der Trennung öffentlichrechtlicher und privatrechtlicher Befugnisse	47
3.	Rechtsquellen und Rechtsnormen	48
3.1	Die Fragestellung: Was ist Recht?	48
3.2	Recht als Summe von Rechtsnormen.	48
3.3	Die grundlegenden Rechtsnormarten	48
3.3.1	Verfassungsrecht	48
3.3.2	Formelles Gesetz	49
3.3.3	Rechtsverordnung.	49
3.3.4	Satzung	49
3.4	Völkerrecht und EU-Recht	50
3.5	Weitere Rechtsquellen	52
3.5.1	Tarifvertragsrecht	52
3.5.2	Verfassungsgestaltende Grundentscheidungen	53
3.5.3	Öffentlichrechtliche Vereinbarungen	55

Inhaltsverzeichnis

3.5.4	Gewohnheitsrecht	55
3.5.5	„Richterrecht“	56
3.6	Die Bedeutung von Inhalt und Form für das begriffliche Vorliegen einer Rechtsnorm	57
3.7	Das materielle Gesetz	58
4.	Rechtmäßigkeit, Gültigkeit und Anwendbarkeit der Rechtsnormen	59
4.1	Voraussetzungen für den rechtmäßigen Erlass	59
4.2	Rangordnung der Rechtsnormen	60
4.3	Folgen des Verstoßes gegen höherrangiges Recht	61
4.4	Anwendbarkeit der Rechtsnormen im Falle von Normenkonkurrenzen und Normenkollisionen	62
5.	Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes	64
5.1	Vorrang des Gesetzes	64
5.2	Vorbehalt des Gesetzes. Grundsätzlich zur Bedeutung und zum Anwendungsbereich. Totalvorbehalt?	64
5.3	Anwendungsbereich des Gesetzesvorbehalts, insbesondere bei Grundrechtseingriffen und wesentlichen Entscheidungen	66
5.4	Rechtsfolgen des Gesetzesvorbehalts. Problem der Regelungsdichte	68
5.5	Einzelne Konkretisierungen der Lehre vom Gesetzesvorbehalt, insbesondere bei der Leistungsgewährung	69
6.	Verwaltungsvorschriften	72
6.1	Gründe und praktische Bedeutung	72
6.2	Rechtsgrundlagen	73
6.3	Begriff	74
6.4	Verwaltungsvorschriften als Innenrecht	74
6.5	Rechtmäßigkeit der Verwaltungsvorschriften	75
6.6	Außenwirkung von Verwaltungsvorschriften, insbesondere bei Ermessensrichtlinien	76
6.7	Bekanntgabe der Verwaltungsvorschriften	79
6.8	Sonderfälle	79
7.	Die Gesetze des allgemeinen Verwaltungsrechts. Das VwVfG und seine Anwendbarkeit	80
7.1	Hinweis auf das besondere Verwaltungsrecht	80
7.2	Das allgemeine Verwaltungsrecht: VwVfG, AO, SGB	81
7.3	Anwendungsbereiche der drei Gesetze	81
7.4	Bundes- und Landes-VwVfG	81
7.5	Anwendbarkeit des VwVfG	82
7.6	Allgemeine Grundsätze des Verwaltungsrechts	84
7.7	Verhältnis von VwVfG und VwGO	84
8.	Formelles und materielles Recht	85

4. Abschnitt: Objektives Recht und subjektive Rechte. Pflichten. Verwaltungsrechtliche Rechtsverhältnisse (Hofmann)

1.	Bedeutung des objektiven Rechts. Rechtmäßigkeit und Rechtswidrigkeit	87
2.	Das subjektive öffentliche Recht	88
2.1	Bedeutung	88

Inhaltsverzeichnis

2.2	Begriff und Voraussetzungen	89
2.3	Subjektive Rechte im Ermessensbereich	91
2.4	Drittbeteiligungsfälle	91
3.	Weitere Rechtspositionen des Bürgers	93
4.	Subjektive Rechte des Staates und innerhalb des Staates	94
5.	Die öffentlichrechtlichen Pflichten	96
5.1	Pflichten des Staates	96
5.2	Pflichten des Bürgers	96
6.	Das Verwaltungsrechtsverhältnis	96
6.1	Begriff und Bedeutung	96
6.2	Arten	97
6.3	Verwaltungsrechtliche Sonderverhältnisse	98
6.4	Dingliche Rechtsverhältnisse	99
7.	Entstehen, Veränderung und Erlöschen von Verwaltungsrechtsverhältnissen	100
7.1	Entstehungsgründe	100
7.2	Entstehung durch verwaltungsrechtliche Willenserklärungen	100
7.3	Erlöschensgründe	101
7.4	Verjährung	101
7.5	Verwirkung	102
8.	Übergang von Rechten und Pflichten im Verwaltungsrecht (Rechts- und Pflichtennachfolge)	103
8.1	Allgemeine Grundsätze	103
8.2	Übergang von Rechten und Pflichten der Verwaltungsträger	103
8.3	Übergang von Rechten und Pflichten der Privaten	104
8.3.1	Unterscheidungen bei gesetzlicher Regelung	104
8.3.2	Kein Übergang von Pflichten	104
8.3.3	Gesamtrechtsnachfolge	104
8.3.4	Dingliche Rechte und Pflichten	105
8.4	Rechtsübergang auf Behörde zum Zwecke des Regresses	105
5. Abschnitt: Verwaltungshandeln dargestellt am Verwaltungsakt (Hofmann)		
1.	Bedeutung des Verwaltungsakts als typische Handlungsform öffentlicher Verwaltung	107
1.1	Einführung in die Handlungsformen der Verwaltung	107
1.2	Sechs Funktionen des VA	108
2.	Gesetzliche Grundlagen und Allgemeines zum Begriff des Verwaltungsakts	110
2.1	Gesetzliche Begriffsbestimmung	110
2.2	Formelle Aspekte	111
2.3	Stellung des Verwaltungsakts im System des Verwaltungs- handelns	112
3.	Maßnahme einer Behörde auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts	113
3.1	Behörde	113
3.2	Maßnahme	114
3.3	Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts	114
4.	Regelung; Abgrenzung zum schlichten Verwaltungshandeln	115
4.1	Begriff der Regelung	115
4.2	Sieben Arten der Regelung	115

Inhaltsverzeichnis

4.3	Feststellung der Regelung durch Auslegung	116
4.4	Abgrenzung der Regelung von den nicht regelnden Maßnahmen, insbesondere vom schlichten Verwaltungshandeln	116
5.	Außenwirkung der Regelung; Abgrenzung zu verwaltungsinternen Maßnahmen	118
5.1	Abgrenzung des VA zu verwaltungsinternen Maßnahmen gegenüber Beamten	119
5.2	Maßnahmen in sonstigen verwaltungsrechtlichen Sonderverhältnissen	120
5.3	Verwaltungsakte unter Mitwirkung einer weiteren Behörde (mehrstufige VAe)	121
6.	Einzelfallregelung, Allgemeinverfügung; Abgrenzung zur Rechtsnorm	121
6.1	Inhaltsbestimmung nach dem geregelten Fall und den Adressaten der Regelung	122
6.2	Die Allgemeinverfügung	123
6.2.1	Personenbezogene Allgemeinverfügung	123
6.2.2	Regelung der Sacheigenschaft	124
6.2.3	Regelung der Sachnutzung	125
7.	Hinweise zur Anfertigung eines schriftlichen VA (Bescheides)	125
7.1	Bescheid-Technik	125
7.2	Aufbauschemata für Bescheide	127
7.2.1	Grobschema	127
7.2.1	Feinschema	127
7.3	Drei Varianten mit Anmerkungen	131
7.4	Widerspruchsbescheid	140
7.5	Aufbauschemata für Widerspruchsbescheide	143
7.5.1	Grobschema	143
7.5.2	Feinschema	145
7.6	Muster zweier Widerspruchsbescheide	152

6. Abschnitt: Rechtmäßigkeit des Verwaltungsakts (Hofmann)

1.	Rechtsgrundlagen und Befugnis zum Erlass eines VA	160
1.1	Rechtmäßigkeit als Übereinstimmung mit geltendem Recht	160
1.2	VA-Befugnis	161
2.	Anforderungen an die Rechtmäßigkeit des VA	163
2.1	Rechtsgrundlage als Mehrzahl von Vorschriften/ Aufbauschema	163
2.2	Erlassener belastender VA	164
2.2.1	Erlassener begünstigender VA	164
2.2.2	Ablehnung eines begünstigenden VA	164
2.2.3	Noch zu erlassender VA	165
2.3	Besondere materielle Fehlerquellen	165
2.3.1	Bestimmtheit	165
2.3.2	Tatsächliche oder rechtliche Unmöglichkeit	167
2.3.3	Verhältnismäßigkeit	168
2.3.4	Ausgangsproblematik zu gebundenen Entscheidungen und Entscheidungsspielräumen	171

3.	Ermessen und Ermessensfehler	173
3.1	Ermessenseinräumung	173
3.2	Arten des Ermessens	176
3.3	Wesen des Ermessens	177
3.4	Ermessensfehler	178
3.4.1	Ermessensüberschreitung	178
3.4.2	Ermessensfehlgebrauch	178
3.4.3	Nichtgebrauch des Ermessens	181
3.4.4	Ermessensreduzierung auf Null	181
3.4.5	Besonderheiten bei der Überprüfung von Ermessens- entscheidungen	182
4.	Entscheidungsspielraum bei den Tatbestandsvoraus- setzungen; Beurteilungsspielraum	184
4.1	Unbestimmte Rechtsbegriffe in der praktischen Rechts- anwendung	184
4.2	Fallgruppen des Beurteilungsspielraums	185
4.3	Rechtmäßigkeitskontrolle	189
5.	Fehlerfolgen	191
5.1	Einfluss der Rechtswidrigkeit auf die Wirksamkeit des VA ..	191
5.2	Nichtigkeit	193
5.2.1	Sonderregelungen der Nichtigkeit	194
5.2.2	Generalklausel	195
5.2.3	Teilnichtigkeit	196
5.2.4	Praxis	197
5.3	Berichtigung offener Unrichtigkeit	197
5.4	Heilung, Nichtaufhebung trotz Fehlern. Umdeutung	198
5.4.1	Heilung von Verfahrens- und Formfehlern	198
5.4.2	Nichtaufhebung trotz Verfahrens- und Formfehlern	201
5.4.3	Umdeutung	203

**7. Abschnitt: Bestandskraft des Verwaltungsaktes.
Rücknahme und Widerruf. Wiederaufgreifen (Hofmann)**

1.	Bestandskraft des Verwaltungsaktes	205
1.1	Wirksamkeit des VA	205
1.2	Unanfechtbarkeit des VA (Bestandskraft)	206
1.3	Umfang der Bindungswirkung	207
1.3.1	Bindung des Adressaten (und Drittbetroffener)	207
1.3.2	Bindungswirkung gegenüber anderen Behörden bzw. Gerichten	207
2.	Einführung zu Rücknahme und Widerruf	210
2.1	Interessenkonstellationen	210
2.2	Abgrenzungen	211
2.3	Überblick über die gesetzlichen Regelungen	211
2.4	Rechtliche Eigenschaften des aufzuhebenden VA	212
2.4.1	Wirksam/unwirksam	212
2.4.2	Rechtmäßig/rechtswidrig	213
2.4.3	Belastend/begünstigend	213
2.4.4	Anfechtbar/unanfechtbar	213
3.	Rücknahme des Verwaltungsaktes gemäß § 48 VwVfG	214
3.1	Rücknahme belastender VAe	214
3.2	Rücknahme begünstigender VAe	214

Inhaltsverzeichnis

3.2.1	Auf Geld- oder Sachleistung gerichtete VA	215
3.2.2	Sonstige begünstigende VA	216
3.2.3	Jahresfrist des § 48 Abs. 4 VwVfG	218
3.3	Rücknahme gemeinschaftsrechtswidriger VA	219
4.	Widerruf des Verwaltungsaktes gemäß 49 VwVfG	222
4.1	Widerruf belastender VA	222
4.2	Widerruf begünstigender VA	223
4.2.1	Widerrufsgründe des § 49 Abs. 2 VwVfG	223
4.2.2	Sonstige Einzelheiten und Folgen	225
4.2.3	Widerrufsgründe des § 49 Abs. 3	226
4.2.4	Erstattung und Verzinsung	226
5.	Sonderfälle von Rücknahme und Widerruf	228
5.1	VA mit Drittwirkung	228
5.2	Privatrechtsgestaltender VA	228
5.3	Ungünstige Änderung eines belastenden VA	229
6.	Wiederaufgreifen des Verfahrens	229
6.1	Wiederaufgreifen nach § 51 Abs. 1–4 VwVfG	230
6.1.1	Wiederaufgreifens–Gründe	230
6.1.2	Weitere Voraussetzungen	231
6.2	Wiederaufgreifen außerhalb der Regelung des § 51 Abs. 1–4 VwVfG	232
6.3	Wiederholende Verfügung und Zweitbescheid	234
6.4	Besonderheiten bei Ablehnungsbescheiden	235
7.	Aufhebung von Verwaltungsakten nach SGB X	237
8.	Aufhebung von Verwaltungsakten nach AO	242

8. Abschnitt: Besondere Arten der Verwaltungsakte. Verwaltungsakte mit Nebenbestimmungen (Hofmann)

1.	Verwaltungsakte mit Drittwirkung	245
2.	Verwaltungsakte, bei denen ein Dritter oder eine Behörde mitzuwirken hat	246
2.1	Mitwirkungsbedürftiger VA	246
2.2	Mehrstufiger VA	246
3.	Erlaubnisse	246
3.1	Kontrollerlaubnis	246
3.2	Ausnahmebewilligung	247
3.3	Zuteilungserlaubnis	247
4.	Verwaltungsakte vor der endgültigen und abschließenden Regelung	247
4.1	Zusicherung	247
4.2	Teilgenehmigung	248
4.3	Vorbescheid	249
5.	Verwaltungsakte mit Nebenbestimmungen	249
5.1	Arten und begriffliche Einordnung der Neben- bestimmungen	249
5.2	Rechtmäßigkeit	252
5.3	Rechtsschutz bei belastenden Nebenbestimmungen zum begünstigenden VA	253
6.	Genehmigungsfiktion nach § 42 a VwVfG	254
6.1	Voraussetzungen und Folgen der Genehmigungsfiktion	255
6.2	Praxisprobleme	257

9. Abschnitt: Verwaltungsverfahren (Hofmann)

1.	Einleitung	259
1.1	Bedeutung des Verwaltungsverfahrensrechts	259
1.2	Begriff des Verwaltungsverfahrens	260
1.3	Arten der Verwaltungsverfahren	260
1.4	Grundsatz der Nichtförmlichkeit	261
2.	Die Behörde als Verfahrenspartner	261
2.1	Begriff der Behörde	261
2.2	Zuständigkeit	261
2.2.1	Sinn der Zuständigkeitsregelung	262
2.2.2	Arten der Zuständigkeit	262
2.2.3	Keine enge Auslegung	263
2.2.4	Praxishinweise	263
2.2.5	Zuständigkeitsabweichungen	264
2.2.6	Zuständigkeit und Ermächtigung	265
2.3	Amtshilfe	266
2.4	Europäische Verwaltungszusammenarbeit	267
2.5	Unparteilichkeit der Amtsführung	273
2.5.1	Ausgeschlossene Personen	274
2.5.2	Besorgnis der Befangenheit	275
2.5.3	Rechtsfolgen	276
3.	Die Verfahrenspartner der Behörde	277
3.1	Beteiligungsfähigkeit	277
3.2	Handlungsfähigkeit	278
3.3	Beteiligte	279
3.4	Bevollmächtigte und Beistände	280
4.	Verfahrensablauf	281
4.1	Einleitung des Verwaltungsverfahrens	281
4.2	Amtssprache	283
4.3	Ermittlung des Sachverhalts	284
4.3.1	Untersuchungsgrundsatz	284
4.3.2	Beweismittel	285
4.4	Beratung und Auskunft	286
4.5	Anhörung	288
4.5.1	Voraussetzungen	288
4.5.2	Durchführung	290
4.5.3	Ausnahmen	291
4.5.4	Folgen unterlassener Anhörung	292
4.6	Akteneinsicht	293
4.6.1	Voraussetzungen und Umfang	294
4.6.2	Ausnahmefälle	295
4.6.3	Rechtsschutz	296
4.6.4	Umweltinformationsanspruch	297
4.6.5	Informationsfreiheitsgesetze	299
4.6.6	Verbraucherinformationsgesetz	304
4.6.7	Systembrüche	307
4.7	Geheimhaltung und Datenschutz	308
4.8	Verfahrenspflichten und -obliegenheiten der Beteiligten	312
5.	Verfahrensabschluss	313
5.1	Form und elektronische Kommunikation	314

Inhaltsverzeichnis

5.2	Bekanntgabe	318
5.2.1	Normalfall	318
5.2.2	Öffentliche Bekanntgabe	319
5.2.3	Förmliche Zustellung	319
5.3	Begründung	324
5.3.1	Ausgangsregelung	324
5.3.2	Umsetzungsprobleme	325
5.3.3	Ausnahmen	326
5.3.4	Begründung als formelles Erfordernis	326
5.4	Rechtsbehelfsbelehrung	328
6.	Besondere Verfahrensarten	330
6.1	Förmliches Verfahren	331
6.2	Planfeststellungsverfahren	331
6.3	Plangenehmigung	334
6.4	Verfahren über eine einheitliche Stelle	335
6.5	Umweltverträglichkeitsprüfung	338
7.	Verwaltungsverfahren nach SGB und AO	339
7.1	Besonderheiten des Verfahrens nach SGB	339
7.2	Besonderheiten des Verfahrens nach AO	345

10. Abschnitt: Einflussmöglichkeiten auf eine Verwaltungsentscheidung (Gerke)

1.	Im Allgemeinen	348
2.	Kontroll- und Einflussmöglichkeiten	349
2.1	Petitionen	349
2.1.1	Die Parlamentspetition	350
2.1.2	Die Verwaltungspetition	351
3.	Kontrolle durch Akteneinsichts- und Anhörungsrecht	353
4.	Mobilisierung der Öffentlichkeit	353
5.	Externe Kontrollen	354
6.	Meditation in der Verwaltung	356

11. Abschnitt: Widerspruchsverfahren (Gerke)

1.	Funktion und Bedeutung des Vorverfahrens	360
2.	Die ordnungsgemäße Erhebung des Widerspruchs	363
2.1	Die schriftliche Erhebung des Widerspruchs	364
2.1.1	Die mündliche Einlegung des Widerspruchs	365
2.1.2	Die Nichtbeachtung der Form für die Widerspruchseinlegung	366
2.2	Rechtswirkungen der Widerspruchseinlegung	366
2.2.1	Die aufschiebende Wirkung der Widerspruchserhebung	366
2.2.2	Die Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten	368
2.2.3	Die Anordnung von Polizeivollzugsbeamten	370
2.2.4	Spezielle bundes- und landesrechtliche Regelungen	370
2.2.5	Behördlicher Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch die Anordnung der sofortigen Vollziehung	371
2.3	Begründung einer weiteren Verwaltungszuständigkeit durch Widerspruchserhebung	373
2.4	Statthaftigkeit des Widerspruchs	374
2.5	Behauptung einer Rechtsverletzung (Widerspruchsbefugnis)	375
2.6	Widerspruchsfrist	377

Inhaltsverzeichnis

2.6.1	Berechnung der Frist	378
2.6.2	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	379
2.7	Verwirkung	381
2.8	Heilung von Fristversäumenis	382
2.9	Beteiligten- und Verfahrensfähigkeit	383
2.10	Widerspruchsinteresse	383
3.	Begründetheit des Widerspruchsverfahrens	384
3.1	Prüfliste für das Widerspruchsverfahren	390
4.	Der Ablauf des Widerspruchsverfahrens	392
4.1	Abhilfeverfahren	393
4.2	Abhilfeentscheidung	394
4.3	Vorlagebericht bei Nichtabhilfe	395
4.4	Entscheidung der Widerspruchsbehörde	397
4.5	Widerspruchsbescheid	398
4.6	Tenor des Widerspruchsbescheides	402
4.7	Verständliche Sprache	406
5.	Kostenentscheidung im Widerspruchsverfahren	407
6.	Rechtsbehelfsbelehrung	410
7.	Begleitverfügung	411
8.	Aktenvermerke	413
9.	Geschäftsvermerke	413
10.	Schlussverfügungen	414

12. Abschnitt: Klage- und Antragserwiderung (Gerke)

1.	Bedeutung der Klage- bzw. Antragserwiderung für Ausbildung und Praxis	415
2.	Aufbau und Gestaltung der Klageerwiderung	415
2.1	Briefkopf	415
2.2	Rubrum	417
2.3	Behördlicher Gegenantrag an das Verwaltungsgericht	417
2.4	Begründung des Antrages	417
2.4.1	Sachverhaltsdarstellung	418
2.4.2	Rechtliche Würdigung	419
3.	Schematische Darstellung einer Klageerwiderung	420

13. Abschnitt: Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz (Gerke)

1.	Allgemeines	421
2.	Die geschichtliche Entwicklung des Verwaltungsrechts- schutzes	423
3.	Der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten	424
3.1	Ausdrückliche Zuweisungen zum Verwaltungsrechtsweg	425
3.2	Abdrängende Verweisungen auf andere Rechtswege	425
3.2.1	Spezialzuständigkeiten der ordentlichen Gerichte	425
3.2.2	Spezialzuständigkeiten für besondere öffentlich-rechtliche Rechtswege	427
3.2.3	Die verwaltungsgerichtliche Generalklausel	427
4.	Grundsätze des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	429
4.1	Der Verfügungsgrundsatz	429
5.	Der Inhalt der Klageschrift	431
6.	Allgemeine Sachentscheidungsvoraussetzungen	433

Inhaltsverzeichnis

7.	Statthafte Klagearten	434
8.	Der maßgebliche Zeitpunkt für die Entscheidung im Verwaltungsprozess	435
9.	Der verwaltungsgerichtliche Überprüfungsmaßstab	437
10.	Die Begründetheitsprüfung	438
11.	Die Anfechtungsklage	440
11.1	Besondere Sachurteilsvoraussetzungen der Anfechtungs- klage	440
11.1.1	Statthaftigkeit	440
11.1.2	Klagebefugnis	441
11.1.3	Vorverfahren	442
11.1.4	Klagefrist	442
11.2	Die Begründetheit der Anfechtungsklage	442
12.	Verpflichtungsklage	443
13.	Die Abgrenzung von Anfechtungs- und Verpflichtungs- klagen	444
14.	Die allgemeine Leistungsklage	446
15.	Die allgemeine Feststellungsklage	448
16.	Die Fortsetzungsfeststellungsklage	451
17.	Durchführung und Ablauf der mündlichen Gerichts- verhandlung	456
18.	Das Verwaltungsgerichtliche Urteil	458
19.	Normenkontrollverfahren	470
20.	Der vorläufige Rechtsschutz	473
20.1	Der einstweilige Rechtsschutz nach § 80 Abs. 5 VwGO	476
20.1.1	Die Zulässigkeit des Antrages	477
20.1.2	Die Begründetheit des Antrages bei zweipoligen Rechts- verhältnissen	478
20.1.3	Der Antrag nach § 80 a VwGO	486
20.2	Die einstweilige Anordnung	486
20.2.1	Die Zulässigkeit des Antrages auf einstweilige Anordnung	487
20.2.2	Die Begründetheit des Antrages	488
21.	Rechtsmittel	489
14. Abschnitt: Die Verwaltungsvollstreckung (Gerke)		
1.	Grundlagen	492
2.	Die Vollstreckung wegen Geldforderungen	493
2.1	Voraussetzungen für die Einleitung eines Vollstreckungs- verfahrens	494
2.2	Die Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen	495
2.3	Die Vollstreckung in das bewegliche Vermögen	496
3.	Die Erzwingung von Handlungen, Duldungen und Unterlassungen	499
3.1	Die Zwangsmittel	500
3.1.1	Die Ersatzvornahme	501
3.1.2	Das Zwangsgeld	502
3.1.3	Der unmittelbare Zwang	504
3.1.4	Die Abgrenzung von Ersatzvornahme und unmittelbarem Zwang	506
3.2	Das Regelvollstreckungsverfahren	506

Inhaltsverzeichnis

3.2.1	Die Vollstreckbarkeit der Grundverfügung	507
3.2.2	Androhung des richtigen Zwangsmittels	509
3.2.3	Anwendung des Zwangsmittels	512
3.2.4	Anwendung des Zwangsmittels	513
3.3	Sofortvollzug	514
3.3.1	Abwendung einer zeitnah existierenden Gefahr	515
3.3.2	Handeln der Vollstreckungsbehörde (Polizei) innerhalb ihrer Befugnisse	516
3.3.3	Art und Weise der Vollstreckung	517
3.4	Abgrenzung des Sofortvollzuges zum „abgekürzten“ mehraktigen Vollstreckungsverfahren	517
4.	Rechtsschutz in der Verwaltungsvollstreckung	518
4.1	Rechtsschutz gegen den Grundverwaltungsakt	519
4.2	Rechtsschutz gegen Vollstreckungsmaßnahmen	520
5.	Die Beendigung der Verwaltungsvollstreckung	521
6.	Die Heranziehung zu den Kosten des Verwaltungszwanges	522
7.	Verwaltungszwang gegen Behörden	523
8.	Ordnungsbehördliche bzw. polizeiliche Standard- maßnahmen	524
9.	Die Rechts- bzw. Pflichtennachfolge im öffentlichen Recht	525
15. Abschnitt: Verwaltungsvertrag (Gerke)		
1.	Allgemeines	527
2.	Vertragsarten auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts	528
3.	Abgrenzung des Verwaltungsvertrages zum Verwaltungsakt	529
4.	Abgrenzung des Verwaltungsvertrages zum privatrechtlichen Vertrag	530
5.	Arten verwaltungsrechtlicher Verträge	531
6.	Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen eines Verwaltungs- vertrages	535
6.1	Zulässigkeit der Vertragsform	535
6.2	Handeln der zuständigen Behörde	535
6.3	Einigung	535
6.4	Schriftform	536
6.5	Beteiligung Dritter	536
6.6	Keine Nichtigkeitsgründe	536
7.	Anpassung und Kündigung in besonderen Fällen	538
8.	Durchsetzung von Ansprüchen aus Verwaltungs- verträgen	538
9.	Rückabwicklung eines Verwaltungsvertrages	539
16. Abschnitt: Öffentliches Sachenrecht (Gerke)		
1.	Staatliches Vermögen	541
2.	Eigentum an Sachen	541
3.	Arten und Entstehung öffentlicher Sachen	542
3.1	Sachen im Verwaltungsgebrauch	542
3.2	Öffentliche Einrichtungen	543
3.3	Öffentliche Straßen	543
3.4	Die Benutzung öffentlicher Straßen	544

Inhaltsverzeichnis

3.4.1	Die Abgrenzung von Gemeingebrauch und Sonder- nutzung	545
3.4.2	Der Anliegergebrauch	549
3.4.3	Die Sondernutzungserlaubnis	549
3.4.4	Der Schutz gegen Verkehrslärm	551
4.	Recht auf Zugang zu öffentlichen Einrichtungen	552
4.1	Entgelte und Benutzungsgebühren	553
5.	Verkehrssicherungspflichten	554
6.	Das Hausrecht	555
17. Abschnitt: Staatshaftungsrecht (Gerke)		
1.	Einleitung	557
2.	Haftungsgrundlagen und Haftungsinstitute	557
3.	Amtshaftung	559
3.1	Die Ausübung eines öffentlichen Amtes.	559
3.2	Amtspflichtverletzung	560
3.3	Drittbezogenheit der Amtspflicht	561
3.4	Verschulden	562
3.5	Verursachung eines Schadens	563
3.6	Anderweitige Ersatzmöglichkeit	564
3.7	Schuldhaft unterlassene Rechtsmitteleinlegung	565
3.8	Das Spruchrichterprivileg	565
3.9	Verjährung	566
3.10	Sonstige Haftungsbeschränkungen	566
3.11	Der Umfang des Anspruches	567
3.12	Anspruchsgegner	567
4.	Europarechtliche Aspekte der Amtshaftung	568
5.	Öffentlich-rechtliche Entschädigungsansprüche	570
6.	Der Folgenbeseitigungsanspruch.	571
6.1	Entstehung eines Folgenbeseitigungsanspruches.	572
6.2	Ausschluss des Folgenbeseitigungsanspruches	572
Stichwortverzeichnis		575